

Lindauer Hoybote



Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel

Ohne radikale Verringerung des CO²-Ausstoßes lässt sich der Klimawandel nicht mehr aufhalten. Nur mit Erreichen des 1,5°-Ziels lassen sich Krieg, Flucht und Vertreibung als Folgen der Erderwärmung noch verhindern. Martina Heise, Frieder Fahrbach, Friedensregion Bodensee e.V.

Im Rahmen der Gartenschau ist aktuell eine besondere Ausstellung zu sehen: **FRIEDENSKLIMA! – 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden**. Sie präsentiert die dringlichsten Aufgaben unserer Zeit, um den Fortbestand der Menschheit zu ermöglichen! Nur wenn es gelingt, den Klimawandel zu begrenzen, wird es für nachfolgende Generationen eine Zukunft geben. Klimaneutralität ist das Gebot der Stunde! Jeder einzelne Deutsche erzeugt im Schnitt zwölf Tonnen CO² pro Jahr, das sind elf Tonnen zu viel! Maximal mit einer Tonne können wir Klimaneutralität erreichen und das Klimaziel von 1,5 Grad Erderwärmung einhalten. Lindau will bis 2035 klimaneutral sein!

17 Nachhaltigkeitsziele auf der Lindauer Gartenschau

Die Agenda 2030 und die darin enthaltenen 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals/ SDGs) wurden 2015 in Paris von den Vereinten Nationen beschlossen und zeigen auf, mit welchen Maßnahmen es gelingt, eine gerechte,



Foto: F. Fahrbach

nachhaltige Welt zu gestalten. Nur wenn der Klimawandel begrenzt wird, kann Ziel 16 FRIEDEN erreicht werden. Um diese Ziele bekannt zu machen, haben die Friedensregion Bodensee e.V. und die Friedensräume Lindau diese Ausstellung entworfen.

Das Thema FRIEDENSKLIMA! wird in Lindau erstmals auf einer Gartenschau präsentiert

Entstanden ist eine bemerkenswerte Präsentation unter der Überschrift „**FRIEDENSKLIMA! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden**“. Die Verbindung von Klima und Frieden wird plausibel, wenn man sich vor Augen führt, welche gravierenden Auswirkungen der Klimawandel auf sämtliche Bereiche unseres Lebens hat: Neben



Die Landesbischöfin i.R. Margot Käßmann stattete anlässlich ihres Vortrages in Lindau zum 20-jährigen Jubiläum der Friedensräume der Ausstellung FRIEDENSKLIMA! einen Besuch ab.



Flucht und Migration durch die Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche stellen Konflikte um verbleibende Ressourcen wie z.B. der Zugang zu Rohstoffen, Energieträgern oder Wasser eine massive Bedrohung dar. Zudem werden durch militärische Konflikte immense finanzielle Ressourcen gebunden, die in Klimaschutz, Gesundheit und Bildung dringend benötigt werden. Mit Hilfe der Stadt Lindau haben die Nachhaltigkeitsziele hier einen Platz gefunden und sollen das Engagement der Bevölkerung fördern – es ist allerhöchste Zeit, dieser Aufgabe eine vorrangige Stellung einzuräumen!

„Global denken – lokal handeln“

Die Ausstellung nennt Beispiele über konkrete Möglichkeiten, sich zu engagieren und ist so konzipiert, dass sie auch an anderen Orten, z.B. Schulen, Kirchengemeinden oder Kommunen, gezeigt werden kann. Mit spielerischen Elementen fordert sie Jede*n zum Handeln auf und sich bestehenden Organisationen anzuschließen, um gemeinsam die Zukunft zu sichern.

FRIEDER FAHRBACH

Kontakt:
Friedensregion Bodensee e.V.
www.friedensregion-bodensee.de
Frieder Fahrbach,
info@friedensregion-bodensee.de



Stadt Lindau reitet tote Gäule wider dem Klimaschutz

Der Bürgerbeteiligungsprozess zum Karl-Bever-Platz ist bekanntlich abgeschlossen. Die Mitglieder der erweiterten Beteiligungsgruppe haben ihre Empfehlungen an den Stadtrat formuliert. Neben der Tatsache, dass der Platz weiterhin eingeschränkt als Parkplatz genutzt werden soll, wurde der Bau von Auffangparkplätzen und die Stärkung des Stadtbusses vorgeschlagen: „Der ÖPNV ist zu aktualisieren, zu verbessern und zu vernetzen.“ Ein solches Ansinnen ist natürlich aufgrund der feststellbaren Klimakrise und der Maßgaben der EU-Kommission, die Umsetzung der Pariser Verträge zur Reduzierung des weltweiten CO²-Ausstoßes, sehr lobenswert – wenn denn der Vorschlag so interpretiert werden sollte. Allerdings fehlt dem Autor der Glaube, dass bei der derzeitigen Besetzung des Stadtrats dieses dringende Ziel, für unsere Stadt herunter gebrochen und umgesetzt wird. Dabei war die Stadt auf gutem klimafreundlichen Wege. Hat doch der Stadtrat in seiner alten Besetzung Anfang letzten Jahres den Beschluss gefasst, die Stadtbusflotte spätestens ab 2021 auf E-Busse umzustellen. Kaum ein dreiviertel Jahr später, beschloss der Stadtrat in seiner neuen Besetzung, diesen Beschluss - Pandemie bedingt unter fadenscheinigen wirtschaftlichen Erwägungen – umzukehren. Stattdessen sollten fünf neue Dieselhybridbusse angeschafft werden, welche ein großer deutscher Nutzfahrzeughersteller – wen wundert's – als einziger Anbieter zu einem Spotpreis liefern würde.

Während landauf-landab kommunale Verkehrsunternehmen auf hohe staatliche Zuschüsse bei ihrer Flottenumstellung, hin zu klimafreundlichen Antriebstechnologien, zurückgreifen können, fahren nun schon seit Mai dieses Jahres zwei von diesen fünf der klimaschädlichen Oldtimern herum.

Auf Empfehlung der Verwaltung in Abstimmung mit der Oberbürgermeisterin stimmte der Stadtrat am 16.12.2020 über folgenden Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Aufsichtsrats die beschlossene Beschaffung von batterieelektrischen Fahrzeugen nicht umzusetzen. Stattdessen werden Fahrzeuge mit Diesel-Hybrid-Antrieb beschafft.

Folgende Stadträt*innen stimmten lt. Protokoll für die Anschaffung von Dieselbussen und gegen Klimaschutz:

Stadtrat Eschbaumer (BU), Stadtrat Krühn (JA), Stadtrat Dr. Adams (CSU), Stadtrat Hübler (CSU/Mobilitätsbeauftragter), Stadtrat Büchele (CSU), Stadträtin Mayer (CSU), Stadtrat Hummler (CSU), Stadtrat Fehrer (SPD), Stadtrat Gebhard (SPD), Stadträtin Rundel (SPD), Stadtrat Brombeiß (FB), Stadtrat Jäger (FB), Stadtrat Nübelin (FDP), Stadtrat Jöckel (FDP), Stadtrat Reich (FW), Stadtrat Müller (LI), Bürgermeister Hotz (JA), Bürgermeisterin Dorfmueller (SPD), Oberbürgermeisterin Dr. Alfons (parteilos)

Und folgende stimmten gegen den Beschlussvorschlag und für Klimaschutz:

Stadtrat Prof. Dr. Schöffel (BU), Stadträtin Sommerweiß (JA), Stadtrat U. Kaiser (Bunte Liste), Stadtrat Bandte (Bunte Liste), Stadtrat Obermayr (Bunte Liste), Stadtrat M. Kaiser (Bunte Liste), Stadträtin Dr. Lorenz-Meyer (Bunte Liste), Stadtrat Strauß (Bunte Liste), Stadträtin Norff (ÖDP)

So argumentierte damals unsere Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons sinngemäß lt. Protokoll:

„Oberbürgermeisterin Dr. Alfons kann die Argumente nachvollziehen, dass es für die Mitglieder der Bunten Liste ein schwieriges Signal ist, anstelle von Elektromobilität auf Dieselhybrid umzusteigen. Um die CO²-Ziele zu erreichen ist es ihrer Ansicht nach wichtig, ein gutes Busangebot vorzuhalten, damit viele vom Auto auf den Bus umsteigen. Bei der Anschaffung von E-Bussen wäre es in paar Jahren der Fall, dass Tarife erhöht, Takte und Strecken eingekürzt werden müssten.“

Für die BUNTE LISTE ist die Umstellung auf E-Mobilität bei unserem Stadtbus eingebettet in einem klimafreundlichen Mobilitätskonzept kombiniert mit einem guten Angebot aufgrund der Klimakrise alternativlos. Das geht nicht zum Nulltarif, allerdings im Vergleich zu den zu erwartenden Kosten aufgrund des Klimawandels langfristig gesehen wahrscheinlich um vieles günstiger.

MATTHIAS KAISER

KOMMENTAR

Wahl zum Bundestag am 26.09.2021

Zum Ende der langen Regierungszeit der Großen Koalition haben die beiden Volksparteien die Ziele für Ihre Klimaschutzpolitik nochmals um 5 Jahre verschärfen müssen. Es ging ein mahndendes Urteil des Verfassungsgerichts voraus.

Trotzdem wirkten die Verantwortlichen eher erleichtert als ertappt. Es wird klar, dass die politisch Handelnden längst wissen, welche einschneidenden Maßnahmen zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen nötig sind.

Zum Problem wird die Angst von CDU/CSU/SPD, dass ihr oberstes politisches Ziel, der Machterhalt, mit dem notwendigen Umbau unserer Gesellschaft nicht zu vereinbaren ist.

Mit den GRÜNEN steht eine Partei zur Wahl, die diese Veränderungen seit 40 Jahren fordert. Sie haben eine Spitzenkandidatin, die im Team mit Ihrem Co-Vorsitzenden in den vergangenen Jahren die so vielfältigen Strömungen in der grünen Partei erfolgreich zusammenführte und mit einer vorbildlichen Programmatik bestens vorbereitete. Es ist den GRÜNEN auch gelungen, die junge Generation einzubinden. Damit konnten sie ihren eindrucksvollen Personalbestand erfolgreich ausbauen.

Während die alten Volksparteien auf die kommenden Herausforderungen mit internen Streitereien reagieren und damit ihren Nachwuchs vergraulen, haben die GRÜNEN die Zeichen der Zeit erkannt.

So steht in unserem Stimmkreis mit Pius Bandte ein 23-jähriger Zimmermann zur Wahl. Er hat seine kommunalpolitischen Erfahrungen für die Bunte Liste im Lindauer Stadtrat und für die GRÜNEN im Kreistag gesammelt. Sein Ziel ist es, das Bundestagsmandat im Stimmkreis Lindau-Oberallgäu-Kempton für die GRÜNEN zu holen. Nachdem die Themen und Inhalte der Bundespolitik seit Jahrzehnten von den GRÜNEN vorgegeben werden, ist es an der Zeit, ihnen auch die Macht zur Umsetzung zu geben.

ULI KAISER



www.bunteliste.de

IMPRESSUM

Die „Bunte Liste“ vertritt seit 1984 linksgrünalternative Politik im Lindauer Stadtrat. Durch die seit Jahrzehnten geglückte Zusammenarbeit sind wir inzwischen die stärkste Fraktion im Rat der Stadt.

Der „Hoybote“, benannt nach der kleinen Insel Hoy in unserem Logo, erscheint zweimal im Jahr mit einer Auflage von 15.000 Stück und wird ehrenamtlich an alle Haushalte im Stadtgebiet verteilt.

Die Bunte Liste finanziert sich aus Spenden auf das Konto der Genossenschaftsbank Volksbank Allgäu-Oberschwaben eG: IBAN: DE 04 6509 1040 0180 9150 02, BIC: GENODES1LEU

V.i.S.d.P. Bärbel Heumann
Grafik: Andrea Künst
Auflage: 15.000 Stk.
Produktion: Klimaneutraler Druck auf Recymago, 100 % Recyclingpapier
Kontakt: hoybote@bunteliste.de
www.bunteliste.de

Bereit, weil ihr es seid.

„Eine Generation darf nicht große Teile des CO₂-Budgets verbrauchen, wenn das für nachfolgende Generationen umfassende Freiheitseinbußen bedeutet.“ So lautet vereinfacht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur „Klima-Klage“ im Frühling 2021. Bis 2022 muss die Regierung ein neues Klimaschutzgesetz vorlegen, das diesem Anspruch genüge tut. Die Bundesregierung hat verhältnismäßig schnell reagiert und ihr Klimaschutzziel „verbessert“ – es bleibt immer noch weit hinter den Ansprüchen zurück.

Genau an dieser Frage müssen sich die Parteien meiner Meinung nach messen. Wer hat die besten Antworten und Konzepte auf die drängendste Herausforderung unserer Zeit – den Kampf gegen die Klimakrise.



Und das stellt uns als Gesellschaft vor die Wahl; wollen wir uns möglichst lange vor der Arbeit, die vor uns liegt drücken? Wollen wir versuchen bequem weiterzumachen wie bisher, um dann von heute auf morgen in existenzielle Veränderungen gezwungen zu werden?

Oder nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand? Gestalten proaktiv und arbeiten gemeinsam an guten Lösungen?

Ich für meinen Teil habe mich für Letzteres entschieden und lade euch alle ein, gemeinsam noch mehr Menschen für diesen Weg zu gewinnen. Denn dieser Weg wird nur dann funktionieren, wenn er mit großer Zustimmung begangen wird.

Ich habe für mich entschieden, dass Die Grünen darauf die besten Antworten haben und durch ihre Geschichte Umweltpolitik am glaubwürdigsten vertreten können. Außerdem haben sich die Grünen längst von ihrem Umweltparteienimage emanzipiert und bieten heute auch zukunftsfähige Antworten auf Fragen der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Deshalb stehe ich als grüner Kandidat zur Wahl. Wir glauben, dass die Meisten bereit sind, Veränderungen mitzutragen um ihren Kindern und Enkeln ein Leben ohne Freiheitseinbußen auf einem lebenswerten Planeten zu ermöglichen. Privatleute, Unternehmen und Branchen sind heute oft fortschrittlicher als unsere Bundespolitik. Und deshalb ist genau das unser Wahlspruch: Bereit, weil ihr es seid.

Wie ich zu der Entscheidung gekommen bin, für den Bundestag zu kandidieren, habe ich bereits im letzten Hoyboten beschrieben. Seitdem ist viel passiert: Mit großer Mehrheit wurde ich von den Grünen aus Lindau, dem Oberallgäu und

Kempton zum Direktkandidat für unseren Wahlkreis gewählt und im April konnte ich mir Listenplatz 34 auf der bayrischen Landesliste sichern. Jetzt sind wir mitten im Wahlkampf und hoffen auf eure Unterstützung.

Es gibt viel, was in den nächsten Jahren angestoßen werden muss; für mich sind dafür die **17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG's)** ein guter Kompass. Nachfolgend ist zu jedem Ziel eine unserer politischen Forderungen zugeordnet.

Ziel 1: Keine Armut:

Wir wollen Hartz 4 überwinden und durch eine echte Grundsicherung ohne bürokratische Sanktionen ersetzen. Außerdem setzen wir uns für ein starkes Lieferkettengesetz ein.

Ziel 2: Kein Hunger:

Wir werden Containern entkriminalisieren und Nahrungsmittelhändler*innen und Produzent*innen verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben, statt sie zu entsorgen.

Ziel 3: Gesundheit und Wohlergehen:

Wir wollen die Zwei-Klassen-Medizin hinter uns lassen und eine solidarische Bürger*innenversicherung für alle. So ermöglichen wir allen, unabhängig vom Einkommen, die Versorgung die sie brauchen.

Ziel 4: Hochwertige Bildung:

Wir planen einen individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und Betreuung mit genug Fachpersonal und in Zusammenarbeit mit Vereinen vor Ort.

Ziel 5: Geschlechtergerechtigkeit:

Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen das auch kleine Unternehmen verpflichtet über die Bezahlung von Männern und Frauen zu berichten.

Ziel 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen:

Für eine faire Verteilung der Kosten für Abwasser und Trinkwasseraufbereitung werden wir einen „Verursacher*innenfonds“ mit einer Reform der Abwasserabgabe umsetzen.

Ziel 7: Bezahlbare und saubere Energie:

Unser Ziel für eine aktive Energiewende sind eine Million neue Solaranlage in den nächsten vier Jahren – dafür werden wir sie fördern und bei Neubauten verpflichtend einführen.

Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit (und Wirtschaftswachstum):

Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen das auch kleine Unternehmen verpflichtet über die Bezahlung von Männern und Frauen zu berichten.

Ziel 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur:

Wir wollen gute Ideen und Gründer*innen fördern und mit einem unbürokratischen Startkapital von bis zu 25.000€ unterstützen, um so in die klimaneutrale Zukunft zu investieren.

Ziel 10: Weniger Ungleichheit:

Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ wollen wir Menschen in besonders betroffenen Regionen durch finanzielle Direktmittel unterstützen.

Ziel 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden:

Ein Land setzt sich aus seinen Kommunen zusammen. Diese müssen beschlossene Maßnahmen umsetzen. Damit dürfen sie jedoch nicht allein gelassen werden: Wir wollen bessere und unbürokratische Förderstrukturen für Sanierung statt Neubau, ÖPNV und Klimaschutzmaßnahmen schaffen.

Ziel 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion:

Mit einem starken, europaweiten Lieferkettengesetz wollen wir sicherstellen, dass Unternehmen die unethisch und klimaschädlich handeln auch zur Verantwortung gezogen werden können.

Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz:

Der größte Hebel in Deutschland ist die fossile Energiewirtschaft. Deshalb; Kohlekraftwerke bis spätestens 2030 stilllegen, um so einem klimaneutralen Deutschland wirklich näher zu kommen.

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



Developed in collaboration with TROLLBÄCK & COMPANY | TheGreenDeal@trollbaeck.com | +1-212-529-1010
For queries on usage, contact: dpc@trollbaeck.com | * Non-official translation made by UNPIC Brussels (September 2015)

Wir werden den Mindestlohn sofort auf 12€ erhöhen und Unternehmen mit Tarifbindung (oder höher) bei öffentlichen Vergaben bevorzugen.

Ziel 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur:

Wir wollen gute Ideen und Gründer*innen fördern und mit einem unbürokratischen Startkapital von bis zu 25.000€ unterstützen, um so in die klimaneutrale Zukunft zu investieren.

Ziel 10: Weniger Ungleichheit:

Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ wollen wir Menschen in besonders betroffenen Regionen durch finanzielle Direktmittel unterstützen.

Ziel 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden:

Ein Land setzt sich aus seinen Kommunen zusammen. Diese müssen beschlossene Maßnahmen umsetzen. Damit dürfen sie jedoch nicht allein gelassen werden: Wir wollen bessere und unbürokratische Förderstrukturen für Sanierung statt Neubau, ÖPNV und Klimaschutzmaßnahmen schaffen.

Ziel 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion:

Mit einem starken, europaweiten Lieferkettengesetz wollen wir sicherstellen, dass Unternehmen die unethisch und klimaschädlich handeln auch zur Verantwortung gezogen werden können.

Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz:

Der größte Hebel in Deutschland ist die fossile Energiewirtschaft. Deshalb; Kohlekraftwerke bis spätestens 2030 stilllegen, um so einem klimaneutralen Deutschland wirklich näher zu kommen.

Ziel 14: Leben unter Wasser:

Wir setzen uns für verbindliche Abkommen über Fangquoten, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung von großflächigen Meeresschutzgebieten ein.

Ziel 15: Leben an Land:

Rund die Hälfte der Fläche Deutschlands ist landwirtschaftlich genutzt. Deshalb ist es wichtig, diese Fläche ökologisch zu bewirtschaften. Damit dürfen wir die Landwirtschaft nicht allein lassen und wollen die Subventionsstruktur dahingehend neu ausrichten.

Ziel 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen:

Wir setzen uns mit Initiativen zur Atomwaffenreduzierung für eine atomwaffenfreie Welt ein und wollen dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten.

Ziel 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele:

Für globale Lösungsfindung brauchen wir internationale Institutionen wie die UN oder die WHO. Dafür planen wir das deutsche Engagement innerhalb dieser Organisationen auszubauen und finanziell, personell und diplomatisch stärker zu unterstützen.

Das ist eine sehr unvollkommene Liste. Falls ihr noch nicht überzeugt seid, schaut in unserem Wahlprogramm „Alles ist drin“ vorbei oder kontaktiert mich über die unten angegebenen Wege.

PIUS BANDTE



Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth besucht FRIEDENSKLIMA! auf der Lindauer Gartenschau. Im Gespräch mit Pius Bandte, Bundestagskandidat der Grünen im Landkreis Lindau, Frieder Fahrbach und Martina Heise von Friedensregion Bodensee e.V. über die Wichtigkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement und neuen friedenspolitischen Ansätzen in der Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Wenn ihr mit mir in Kontakt treten wollt:

Facebook: Pius Bandte

Internet: www.pius-bandte.de

E-Mail: kontakt@pius-bandte.de

Instagram: [s.pi.rit.us](https://www.instagram.com/s.pi.rit.us)

Oder per Post: Neugasse 2, 88131 Lindau

Hier kommt ihr zur Internetseite und den Terminen:



Unsere Termine

Hintere Insel

Glücksfall Gartenschau

Mit dem Zuschlag für die kleine Gartenschau begann das Stadtbauamt mit den konkreten Überlegungen zur Zukunft des Parkplatzes und der Bahnflächen. Erstmals wurde zu einer Bürgerbeteiligung nicht nur per Anzeige eingeladen. Alle Nachbar*innen und Gruppierungen wurden persönlich angeschrieben. So waren fast 100 Menschen anwesend. Und es waren nicht die „Üblichen“! Bald war geklärt, dass es wieder „Hintere“ statt „Westliche“ Insel heißen soll. Und schon bei diesem ersten Workshop wurde mit den Begriffen „Bürgerpark“ und „Altstadt weiter bauen“ zwei Kernpunkte des späteren Rahmenplans geprägt.

Guter Kompromiss

Es folgte ein beispielhafter Prozess der politischen Kompromissfindung. Die bürgerliche Mehrheit stimmte dem Bürgerpark zu und akzeptierte, dass die städtischen Flächen nicht auf den Immobilienmarkt kommen. Da damit sichergestellt wird, dass die Wohnungen auch von den nächsten Generationen noch bewohnt werden, weil sie nicht vererbt oder verkauft werden können, leistet der Rahmenplan einen wichtigen Beitrag um in Zukunft die Anzahl der Inselbewohner*innen zu stabilisieren. Dieser Kompromiss fand im Siegerentwurf des Architekturwettbewerbs Niederschlag. Die sechs Baufelder mit den umbauten Höfen entsprechen den Vorbildern in der Lindauer Altstadt. Wer vorbei am kleinen Zeughaus einen Blick in den Hof der Häuser wirft, die an den Paradiesplatz, Unteren Schrankenplatz und das Zeughausgässle grenzen, bekommt einen Eindruck von der Struktur des Rahmenplans auf der Hintern Insel. Gebäude zwischen drei und fünf Stockwerken gruppiert um einen lichten, großen Hof.

Wenn man den zukünftigen Gebäuden die Zeit lässt, werden sie auch den Charme der Altstadt entwickeln. Blicken wir von oben auf unsere Insel, können wir erkennen, dass dieser Maßstab

bei den Erweiterungen im letzten und vorletzten Jahrhundert auch schon angewendet wurde.

Sowohl der Hotelkomplex von Bayerischen Hof als auch der Hauptbahnhof sind Blockrandbebauungen, wie sie im Rahmenplan der Hintere Insel vorgesehen sind.

Am Ende dieser vorbildlichen politischen Meinungsfindung, gab es im Lindauer Stadtrat nur zwei Gegenstimmen!

Viel Lob

Auch damals gab es keinen öffentlichen Widerspruch. Es folgten weitere Beteiligungen von Bürger*innen. Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden im Cavazzen und der Rahmenplan im Stadttheater vorgestellt. Es gab immer viel Lob und nur wenige kritische Stimmen. Gegen eine Quartiersentwicklung, zur Sicherung der Infrastruktur der Insel, war niemand.

Die aktuelle Initiative kommt hier reichlich spät und wirkt politisch ein wenig wie der Elefant im Porzellanladen. Bisher können sie sich nur darauf verständigen, dass die Hintere Insel grün bleiben soll. Dazu braucht es aber nochmal etwa eine Million Euro, um aus dem jetzt mit kleinen Gärten und Ständen dekorierten Parkplatz ebenfalls einen Park zu gestalten.

Eher wird die Bürgerinitiative zum Steigbügelhalter der rückwärtsgewandten Parkplatzjünger. Der erste Antrag dafür liegt schon vor.

Aber die Kommunalpolitik hält dies aus. Die weiteren Schritte zur Umsetzung des Rahmenplans – die Konzeptvergabe auf Erbpacht und die Realisierungswettbewerbe bieten hinreichend Gelegenheit, auch diese kritischen Stimmen anzuhören und, wenn es überzeugende Argumente gibt, auch einzubinden. Wichtig bleibt aber der Hinweis, dass der Rahmenplan genügend Freiheiten bietet, damit die zukünftigen Bewohner*innen die einzelnen Gebäude und Fassaden nach Ihrem Geschmack gestalten können. Sie werden auch entscheiden, was für



Foto: U. Kaiser

Dachformen auf der Hintere Insel entstehen. Wer mal von oben auf unsere Insel blickt, kann sich vorstellen, dass auch dort viele, großzügige Altanen ihren Platz finden werden.

Generationswechsel

Wer das Treiben am Skatepark, beim Beachvolleyball oder am Kletterblock des DAV auf der Gartenschau beobachtet, wird bestätigen, dass sich die Lindauer Jugend die Hintere Insel erobert.

Mit der Sicherung des städtischen Eigentums durch Vergabe auf Erbpacht, verschafft die Stadt im direkten Anschluss an die Erbpachtflächen der Luitpoldkaserne, dem Lindauer Nachwuchs eine Entwicklungsmöglichkeit für die kommenden Jahrzehnte im Zentrum Ihrer Heimatstadt. Darauf kann dieser Stadtrat stolz sein!

ULI KAISER

Manche glauben ja, die Idee vom bezahlbarem Wohnraum auf der Hintere Insel käme von den Bunten. Nein.

Bei der ersten Bürgerbeteiligung für die Hintere Insel bin ich mitgelaufen, ich war damals noch gar nicht im Stadtrat. OB Ecker hat da die Idee einer Bebauung für Familien auf dem Parkplatz vorgestellt. Ich habe ihm sofort entgegnet, dass dort bei dem Blick und Grundstückspreis nur reiche Schweizer und russische Oligarchen ihr Geld in einer Rollladensiedlung anlegen werden. Er hat mich dann gefragt, warum ich es nicht für möglich halte, dass wir dort Wohnraum schaffen, der erschwinglich bleibt. Wenn wir das gemeinsam wollen, dann ist es möglich, sagte er. In den folgenden Jahren hat sich erfreulicherweise der größte Teil des Stadtrates diesem Plan angeschlossen

ULRIKE LORENZ-MEYER

Die Klimawette

Protestieren für besseren Klimaschutz und gleichzeitig CO₂-Sparen: Wir bringen die Stimme von 1 Million Menschen und 1 Million Tonnen eingespartem CO₂ zur nächsten Weltklimakonferenz nach Glasgow! Denn das 1,5-Grad-Ziel ist noch zu schaffen – gemeinsam. Wetten?!

So fasst die Klimawette ihre Idee zusammen. Sie zeigt auf, dass jeder und jede einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz leisten kann. Das Ziel ist es, bis zur nächsten Weltklimakonferenz in Glasgow Anfang November eine Million Menschen zu gewinnen, die zusammen eine Million Tonnen CO₂ einsparen.

Michael Bilharz, Initiator der Wette, ist derzeit auf Tour durch Deutschland, um die Idee in Deutschland bekannt zu machen. Natürlich mit dem Lastenrad! Mitte Juli hat er den Startschuss für Lindau gegeben.

Ich habe die Wette angenommen, stellvertretend für die Parents for Future und die Bunte Liste. Mir gefällt der Mut, mit der die Initiator*innen an die Aufgabe herangehen. Und es ist eine spannende Überlegung, mal durchzurechnen wie groß die eigenen Emissionen (ungefähr) sind. Und was es kosten würde, die mit dem derzeitigen CO₂-Preis die zu kompensieren.

Helfen Sie mit! Stellen Sie fest, wie viel Ihr Haushalt emittiert und was die großen Verursacher sind. Vielleicht gibt es eine einfach umzusetzende Maßnahme, die Emissionen zu reduzieren? Machen! Und auf DieKlimawette.de melden, denn klappern gehört zum Handwerk.

Dabei wird es viele Vorschläge geben, die für Sie keine Option sind. Vielleicht, weil der Vermieter die Qualität der Fenster oder Art der Heizung festlegt. Oder weil Produkte des täglichen Bedarfs



einen Emissionsrucksack mitbringen, der nicht vermeidbar ist.

Das ist die Verantwortung der Politik. Sie muss Rahmenbedingungen setzen, die diese Emissionen reduzieren. In einem gewissen Umfang können wir aber zeigen, wohin die Reise gehen soll. Dazu bietet die Klimawette auf ihrer Webseite verschiedene Projekte zur CO₂ Kompensation an. Mit einer Tonne Reduktion erfüllen Sie persönlich für dieses Jahr ungefähr das Klimaziel des Pariser Abkommens und senden obendrein ein Signal an die Klimakonferenz, endlich Ernst zu machen.

DANIEL OBERMAYR

Mitmachen:
www.dieklimawette.de/mitmachen/
 Gruener-wirds-mit-Pius



Pius Bandte

Kandidat für den Bundestag

Beide
Stimmen
Grün!

Mehr
Handwerk in
den Bundestag

Bereit, weil Ihr es seid.

#piuspaktsan
pius-bandte.de

Der Gordische Knoten am Karl-Bever-Platz gelöst?

Eine bisher noch nie da gewesene Form der Bürgerbeteiligung mit zufällig ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern sollte die seit Jahren höchst umstrittene Frage des Parkens am Karl-Bever-Platz ein für alle Mal klären und befrieden. Der repräsentative Querschnitt der Bevölkerung und benannte Vertreter*innen von Interessensgruppen wurden in die Thematik eingeführt, umfangreich informiert, kamen dann in die Diskussion und erarbeiteten eine Empfehlung, an die sich der Stadtrat zu halten versprochen hat. Es war eine wahre Freude, dabei zuzusehen, mit welcher Begeisterung und Ernsthaftigkeit sie sich diesem Thema widmeten.

Die Tatsache, dass die bekannten Protagonisten vom Ergebnis eher enttäuscht sind, spricht dafür, dass hier tatsächlich ein Kompromiss gefunden wurde. Und ein Kompromiss hat es oft an sich, dass niemand wirklich damit zufrieden ist.

Doch als Teil des Teams vom Stadtrat, das den ganzen Prozess begleitet hat, befürchte ich, dass die Streiterei mit dieser Empfehlung nicht beendet sein wird, weil alle das herauslesen können, was

ihnen gefällt. Zum Teil sind die Empfehlungen als Alternativen genannt, zum Beispiel die Landschaftsfalte und das modulare reversible System. Zum Teil sind sie sehr allgemein gehalten, wie zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs.

Überdeutlich wurde auch, dass bei künftigen Bürgerbeteiligungen Stadträt*innen nicht mehr persönlich zu Wort kommen sollten. Trotz entsprechender Anweisung haben es einige nicht geschafft, sich zurückzuhalten und die Bürgerschaft in Ruhe machen zu lassen.

Eindeutiges Ergebnis des Prozesses ist allerdings die Quartiersgarage am Karl-Bever-Platz. Es wurde festgelegt, dass in erster Linie die Anwohnenden und Beschäftigten der Insel einen sicheren Platz bekommen sollen, und was übrig bleibt, soll unter den Übernachtungsgästen aufgeteilt werden. Der Platz muss vom Parkleitsystem abgemeldet werden und ist für Tagestouristen und Kurzzeitparker nicht mehr verfügbar. Damit hätte es auch ein Ende, dass die Zufahrt

zum Hasenweidweg blockiert wird. Der vielfache Wunsch nach Begrünung legt nahe, dass der Baumbestand vollständig geschont werden muss. Diese Forderung, verbunden mit dem Vorschlag eines zweistöckigen Parkdecks war übrigens der Kompromissvorschlag der Bunten Liste im Jahr 2018, um die Situation zu befrieden. Er war aber von der Stadtratsmehrheit abgelehnt worden, was letztendlich zum Bürgerentscheid geführt hatte. Dieses Ergebnis hätten wir also schon Jahre früher und wesentlich kostengünstiger haben können.

Bedauerlicherweise wurde die leidige Frage nach der Zahl der benötigten Parkplätze nicht beantwortet. Dies wird sich jedoch durch Erhebungen zu Nachfrage und Kosten regeln lassen.

In der jüngsten Stadtratssitzung zeichnete sich jedoch bereits ab, dass eine Mehrheit die Empfehlung zu den Nutzergruppen so nicht akzeptieren kann, sondern zusätzlich Plätze für Kurzbesuche schaffen möchte. Was die Frage aufwirft, warum die Bürgerschaft denn überhaupt gefragt wurde, wenn dann doch gemacht wird, was der Stadtrat will.

Was folgt nun? Der eindeutige Auftrag, das bestehende Mobilitätskonzept zu überarbeiten, um es zukunftsfähig zu machen. Und die Einnahmen aus den Parkplätzen nicht in ein Bauwerk, sondern in den öffentlichen Verkehr zu investieren, um Stadtbus und Shuttlesystem attraktiv zu machen.

Für die Tagesgäste brauchen wir Parkmöglichkeiten am Stadtrand. Die Bunte Liste vertritt die Auffassung, dass dazu keine weiteren Flächen versiegelt werden dürfen, sondern auf bereits bestehende Parkieranlagen zum Beispiel an den Firmen zurückzugreifen. Ebenerdig ein Parkplatz im Bereich Bahnhof Reutin und an der Therme, die mit Zug und Schiff beschuttelt werden können. Eventuell auch ein kleines Parkdeck an der Kläranlage. Alles möglichst kostengünstig und rückbaubar, denn so wie wir erwarten offenbar viele, dass wir künftig nicht mehr so viele Parkplätze brauchen werden.

ULRIKE LORENZ-MEYER

Was wird aus der Beteiligung zum Karl-Bever-Platz?

In ihrem Beitrag beschreibt Ulrike Lorenz-Meyer den Prozess und ihre Erfahrungen damit. Hier versuchen wir, aus den Botschaften und Empfehlungen der Bürger*innen die Konsequenzen für unsere Mobilität zu erschließen.

Vorweg, manche kritisieren die Unschärfe der Aussagen. Ich meine, dass die Aussagen positiv verstanden werden müssen. Sie treffen Festlegungen, an denen sich andere, nicht explizit erwähnte Fragen, orientieren müssen. Die Reihenfolge der Maßnahmen ergibt sich mehr aus dem Sachverhalt selbst als auch dem Beteiligungsprozess, der dazu keine Forderungen stellt.

Aus Mobilitätssicht sind die weitreichenden Botschaften „Sichere Parkplätze am Karl-Bever-Platz für Anwohner und Beschäftigte“, „Autoverkehr soll reduziert werden“, „Autoarmer Altstadt-kern“, „das ÖPNV-Angebot soll stark verbessert werden“ entscheidend um Maßnahmen vorzuschlagen.

Die Sofortmaßnahmen

Derzeit ist die Insel für Bewohner*innen mit Auto schwierig. Weil keine Dauerkarten mehr für den Karl-Bever-Platz ausgegeben werden, statt dessen aber Sonderparkrechte für jedes Auto eines Inselhaushaltes, gibt es viel mehr Sonderparkrechte als Abstellmöglichkeiten für das Blech. Das lässt sich lösen, wenn wir wieder zur vorigen Praxis zurückkehren. Also ein Sonderparkrecht je Haushalt, wenn kein privater Stellplatz vorhanden ist. Statt dessen können die

betroffenen Haushalte eine Dauerparkkarte für den Karl-Bever-Platz erwerben.

Das macht natürlich nur Sinn, wenn das Fahrzeug dort auch abgestellt werden kann. Also müssen die Tagesgäste woanders untergebracht werden. Dazu dienen Auffangparkplätze, möglichst wenige damit es übersichtlich bleibt. Gut platziert für minimale Verkehrsbelastung und einfachen Shuttleverkehr.

Das ist die Akutbehandlung. Dadurch entspannt sich die Lage bereits auf der Insel, am Hasenweidweg und in der Unterführung. Der Stadtbus hat es etwas leichter, seinen Fahrplan einzuhalten. Etwa zu der Zeit, also vielleicht in zwei Jahren, ist es sinnvoll den nächsten Schritt anzugehen.

Die eigentliche Aufgabe

Um Autoverkehr zu reduzieren, den öffentlichen Verkehr auszubauen und die Insel autoarm zu entwickeln muss unser Mobilitätskonzept fortgeschrieben werden. Besonders wichtig ist es, gute Indikatoren für die Erfolgskontrolle festzulegen. Dazu eignet sich der Modal Split, also die Anteile der Verkehrsarten, die Anzahl zugelassener Fahrzeuge und die Zahl der bodo Abos. Ähnlich wie jetzt, als es um die Nutzung des Karl-Bever-Platz ging, ist dafür ein weiterer Beteiligungsprozess angesagt.

Parallel dazu ist dann ein guter Zeitpunkt, die weiteren Nutzungen am Karl-Bever-Platz zu konkretisieren. Denn bis dahin liegen Erfahrungen aus den ersten Maßnahmen vor. Dadurch ist der Bedarf aus Bewohner*innen, Beschäftigten und Übernachtungsgästen schon ganz gut einzuschätzen und Szenarien mit weiteren Nutzungen können darauf aufbauen. Idealerweise gibt es dazu Ideen, die sich auf einem Teil der Fläche oder vorübergehend schon erproben durften. Dabei geht es weniger um unser Mobilitätskonzept, die Frage ist eher, wie die verschiedenen Nutzungen auf dem Platz zusammen kommen können.

Die Perspektive

Schon heute hören wir die Botschaft, den öffentlichen Verkehr auszubauen. Die Grenzen beim Stadtbus sind uns durch die Finanzierung und geringe Anzahl Nutzer*innen im ländlichen Raum gesetzt. Modellprojekte mit modernem Bedarfsverkehr, Ridepooling genannt, können beide Probleme reduzieren. Die dauerhafte Finanzierung wird sich im neuen, jüngeren Bundestag und mit einer anderen Bundesregierung ändern, andernfalls lassen sich keine Klimaziele erreichen. Modelle dazu sind vorhanden, in Baden-Württemberg wurden beispielsweise

Modelle solidarischer Finanzierung untersucht. Dabei können Kommunen entweder für alle Bürger*innen oder/und Autohalter*innen einen Mobilitätspass gegen Gebühr zur Verfügung stellen. Der gilt für den Nahverkehr und ist wegen der großen Zahl Teilnehmender günstiger als das bekannte Abo. Der Vorteil liegt darin, dass die Kommunen diese Umlage selbst gestalten und damit ein passendes Angebot machen können.

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/mobilitaetspass-erleichtert-zugang-zum-oepnv/>

DANIEL OBERMAYR

Mobilitätspauschale

Noch mehr aus Sicht der Nutzer*innen gedacht ist eine Mobilitätspauschale, wie sie die Stadtwerke Augsburg anbieten. Dadurch wird die Nutzung von Bus und Tram, aber auch Carsharing, Leih- und Lastenräder komfortabel und niederschwellig. Damit nähern wir uns dem Komfort des (scheinbar) ständig verfügbaren, eigenen Autos. Allerdings befreit von der Parkplatzsuche und dem Zwang, immer wieder an den Ort zurückzukehren von dem man aufgebrochen ist.

Autoarmer Altstadt-kern

Dieses Bild, dass mit dem Ausdruck „autoarme Altstadt“ entsteht gefällt mir, denn es vermeidet Polemik und lädt dazu ein, es zu beschreiben.

Ich sehe die Insel entschleunigt, weil sehr viel weniger Autos fahren und stehen. Es liegt daran, dass die Zahl öffentlich zugänglicher Stellplätze reduziert und an wenigen Stellen konzentriert ist. Wegen des glaubwürdigen Parkleitsystems gibt es weniger Parksuchverkehr und wer auf Nummer sicher gehen will, reserviert sich ohnehin seinen Stellplatz online im Parkhaus.

Der öffentliche Verkehr wird ständig ausgebaut, das Carsharing mit seinem reservierten Stellplatz und stets freien Ladesäule ist angesichts gestiegener Gebühren für Sonderparkrecht und Quartiersgarage eine immer attraktivere Alternative. Dadurch benötigen Bewohner*innen der Insel weniger eigene Autos. Menschen, die wegen ihrem Beruf oder durch die Nähe zum Arbeitgeber ohnehin wenig Bedarf für ein eigenes Auto haben, ziehen nun eher hierher und verstärken die Tendenz.

Autoarm ist das Quartier also, weil die Bewohner*innen weniger Autos besitzen als zuvor, diese zu einem großen Teil in Quartiersgaragen oder -Parkplätzen untergebracht sind und weil weniger Zielverkehr von außen einfährt.

Kirchplatz autofrei anlässlich
des Treffens Religion for Peace -
August 2019

